



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Abfallbehandlungskapazitäten in Schleswig-Holstein und Hamburg

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, in der 12. Tagung des Landtages über die aktuelle Lage der Restmüllbehandlung in Schleswig-Holstein und Hamburg zu berichten. Dabei sind die vorhandenen sowie die geplanten und schon genehmigten Behandlungskapazitäten in beiden Bundesländern darzustellen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, zusammen mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg ein abgestimmtes Abfallbehandlungskonzept zu erstellen, um einerseits eine notwendige Kapazitätsvorhaltung (MVAs und MBAs) sicherzustellen und andererseits mögliche Fehlinvestitionen in Überkapazitäten zu vermeiden.

Begründung:

Die überfällige Umsetzung der TaSi (Technische Anleitung Siedlungsabfälle) zum 1.6.05 hat zu einem erhöhten Mengenaufkommen von zu behandelnden Siedlungs- und Gewerbeabfällen in Schleswig-Holstein und Hamburg geführt. In beiden Bundesländern sind an mehreren Standorten Erweiterungen sowie ein Neubau von Verbrennungsanlagen geplant bzw schon genehmigt.

Beispielhaft seien genannt: MVA Kiel plus 100.000 t/a, MVA Neustadt plus 60.000 t/a, MVA Tornesch-Ahrenlohe plus 105.000 t/a, MVA HH Stellingener Moor plus 100.000 t/a, Norddeutsche Affinerie und Hamburger Stadtreinigung plus 750.000 t/a.

Wenn alle Planungen mit den beabsichtigten Kapazitätserweiterung tatsächlich umgesetzt würden, ergäben sich erheblich Überkapazitäten mit der möglichen Folge von Preisverfall und Mülltourismus. Das kann durch eine gesteuerte und mit Hamburg abgestimmte gemeinsame Abfallpolitik vermieden werden.

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion